

Martin Vincentz zum dritten Mal AfD-Chef in NRW: Aber die Angriffe von Rechtsaußen werden giftiger

Gerade im bevölkerungsreichsten Bundesland werde eine „handlungsfähige und schlagkräftige AfD“ gebraucht, beschwor Parteichefin Alice Weidel gestern in einem Grußwort die 500 Delegierten des AfD-Landesparteitags in Nordrhein-Westfalen. Der größte Landesverband müsse als „geeint und vertrauenswürdig“ wahrgenommen werden. Tja, leichter gesagt als getan, wie sich in Marl danach zeigte.

Denn der Landeschef der NRW-AfD, Martin Vincentz, ist das bürgerliche Gesicht der ständig von Verfassungsschutz, Medien und politischer Konkurrenz unter Rechtsextremismus-Verdacht geframten Partei. Landesvorsitzender im größten und mitgliederstärksten Landesverband, der mehr Mitglieder hat als die AfD-Landesverbände in Ostdeutschland zusammen.

Und so ist klar, dass Rhein und Ruhr für die Rechtsaußen der Gesamtpartei, die nicht politisch gestalten, sondern in ihrer Wagenburg Deutschlands System schwächen und instabil gestalten wollen, so etwas wie ein „Battlefield Ground“ ist, ein entscheidendes Schlachtfeld.

Denn Martin Vincentz ist das Gegenmodell zu rechten Schreihälsen in Provinzregionen und den völkisch motivierten Vordenkern in Schnellroda. Er ist der lebende Beweis, wie die AfD anschlussfähig werden könnte an die politische Mitte der Gesellschaft – 38 Jahre jung, ein Familienvater, Allgemeinmediziner, römisch-katholisch vom Niederrhein. Einer, der auch ohne politische Ämter bestens klarkommt und der keine Verwandten fürs Familieneinkommen irgendwo unterbringen muss. Ein Patriot, sympathisch und erfolgreich mit seinem Landesverband.

Aber die AfD ist anders als andere Parteien

Denn gerade deshalb hassen ihn viele in der AfD, organisieren rechte Netzwerke, promoten Gegenkandidaten. Weil sie nicht wollen, dass ein bürgerlich-konservativer Spitzenmann zum prägenden Gesicht der AfD wird.

Gestern hat er sich noch einmal durchgesetzt, wurde mit 54,7 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt.

Sein Gegenkandidat, der Bundestagsabgeordnete Fabian Jacobi, kam auf starke 43,4 Prozent.

Zuvor hatte es einen harten Schlagabtausch mit Vincentz-Gegnern und -Unterstützern auf offener Bühne gegeben mit Vorwürfen („Lügner“, „Intrigant“), lauten Buhrufen und Pfiffen für den Chef, der allerdings auch bei seiner Rede immer wieder lautstark gefeiert wurde.

Dabei warb er für einen moderaten Kurs seiner Partei und kritisierte besonders die neu gegründete Nachwuchsorganisation Generation Deutschland (GD). „Die Menschen in NRW wollen nicht irgendwelche Verrückten von rechts“, rief er in den Saal. Das Pendel der AfD dürfe nicht auf die rechte Seite

umschwenken. Auch für diese Aussage starker Beifall und gleichzeitig viele Buhrufe.

Vincentz legte vor den Delegierten eine Erfolgsbilanz vor, verwies darauf, dass die AfD unter seiner Führung ihr Ergebnis bei der Kommunalwahl auf 14,5 Prozent fast verdreifacht habe. Die AfD stehe kurz davor, in NRW 14.000 Mitglieder zu haben. „Wir brauchen keine AfD, die sich gegenseitig bekämpft, sondern die sich gegenseitig hilft und zusammensteht“, bekräftigte er.

Der Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich, rechter Flügelmann und Strippenzieher gegen Vincentz in Nordrhein-Westfalen, der in erster Instanz aus der Landespartei ausgeschlossen wurde, durfte übrigens in Marl nicht in den Saal.

Vincentz hat gewonnen, aber mit einem schlechteren Ergebnis als vor zwei Jahren. Und die bisher komfortable Mehrheit im Landesvorstand ist auch Vergangenheit. AfD-Insider sprechen jetzt von im Idealfall 7:5 sicheren Stimmen für den wiedergewählten Chef. Gemütlicher wird es für ihn nicht.

„Deutschlandtrend“ von Infratest dimap: Union jetzt 5 Prozent vor der AfD

CDU/CSU erholen sich leicht, AfD schwächt sich leicht ab. Keine tektonischen Verschiebungen, aber beim Blick auf die vergangenen Wochen leicht zu analysieren.

Wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, kämen CDU/CSU auf 28 Prozent, wie der neue ARD-„Deutschlandtrend“ von Infratest dimap ergab. Das sind zwei Prozentpunkte mehr als Anfang Februar. Die von einer Vetternwirtschaftsaffäre gebeutelte AfD büßt derweil einen Punkt ein und erreicht jetzt 23 Prozent. Der Abstand zwischen Union und AfD wächst somit von 2 auf 5 Prozentpunkte an und ist so hoch wie zuletzt im Sommer vergangenen Jahres.

Die SPD verschlechtert sich danach um einen Punkt und würde nun von 14 Prozent gewählt. Die Grünen legen einen Punkt auf 13 Prozent zu. Die Linke verliert einen Punkt auf 9 Prozent. Alle übrigen Parteien bleiben unterhalb der Fünfprozenthürde. Rechnerisch möglich wäre damit in erster Linie eine Dreier-Koalition aus Union, SPD und Grünen.

Unermüdlich für Deutschland unterwegs

Der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt, Tobias Rausch, setzt sich für Deutschland ein wie kein Zweiter.

Drei Geschwister von ihm arbeiten für die AfD-Bundestagsabgeordnete Claudia Weiß. Ein Schwager von ihm arbeitet beim AfD-Bundestagsabgeordneten Thomas Korell. Tobias Rauschs Ehefrau ist bei der AfD-Landtagsfraktion angestellt.

Zehn (!) weitere prominente AfD-Politiker aus Sachsen-Anhalt beschäftigen Verwandte eines anderen AfD-Parteifreundes oder ihre eigenen Verwandten. Das haben MDR und ZDF zusammengetragen.

Der Vater des AfD-Spitzenkandidaten Ulrich Siegmund arbeitet, wie schon bekannt, im Wahlkreisbüro eines AfD-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt und kassiert dafür 7.725 Euro monatlich.

Tobias Rausch, so fand „Table.Media“ heraus, nimmt gern seine Ehefrau auf Delegationsreisen mit, auch wenn nicht erkennbar ist, warum. Frau Rausch arbeitet für die AfD-Landtagsfraktion. Fotos zeigen das Ehepaar Rausch bei einer Reise des Europaausschusses in Armenien – ein Selfie von beiden vor der Nationalversammlung in Jerewan.

Im Dezember 2025 hat Rausch den Recherchen zufolge seine Gemahlin auch zu einer neuntägigen Delegationsreise der AfD nach New York und Washington, D.C. mitgenommen. Ist echt schön da. Zwei Monate zuvor hatten die beiden geheiratet, in der AfD-Landtagsfraktion spotteten einige zum Jahresende, das seien wohl die ‚Flitterwochen‘ des Paares.

Schön zu wissen, dass es wenigstens eine Partei in Deutschland gibt, die so ganz anders ist als die ‚Systemparteien‘...

Vetternwirtschaft? Korruption? Also Herr Kelle, das kann man doch gar nicht vergleichen...

Ich weiß jetzt schon, wie die Diskussion hier nach diesem kleinen Exkurs verlaufen wird. Ist ja nicht zum ersten Mal...

Wenn es Verfehlungen bei Merz und der CDU, bei den Grünen und Frau Bas gibt, dann gilt: immer fest druff. Und ganz ehrlich: Das ist auch gut so.

Leider werden hier oft, auch bei anderen Themen, völlig untrschidliche Maßstäbe an Moral und Ehrlichkeit angelegt.

Das sehen Sie dann bei unserem Lieblingsthema

Präsident Selenskyj und die Ukraine sind angeblich so korrupt, dass sie es nicht wert sind, mit dem schönen deutschen Geld unterstützt zu werden. „Lasst die Leute doch verrecken, sie könnten sich ja auch unterwerfen“, schallt es mir dann – ein bisschen schöner formuliert – entgegen. Und der Bundeskanzler –

ganz schlimm. Wenn man dann die ausufernde Korruption in Putins Russland vorbringt, dann..., ja, ist das irgendwie ganz etwas anderes.

Haben sich nicht auch CDU-Abgeordnete einst mit Geld aus Aserbaidschan korrumpieren lassen?

Und wie war das mit den Masken-Deals von Jens Spahn oder der kleinen Nebentätigkeit von Philipp Amthor, der ein bisschen als Lobbyist für ein amerikanisches Start-up-Unternehmen dazuverdient hat? 2.800 Aktienoptionen im Wert von 250.000 US-Dollar gab es dafür, Luxusreisen und Aufenthalte in Nobelhotels obendrauf. Alles aufgefliegen, viel öffentlicher Wirbel und Imageschaden. Wie gesagt: gut so! Doch jetzt wurde die AfD beim Schmutzeln erwischt, und das ausgerechnet in Sachsen-Anhalt, wo Spitzenkandidat Ulrich Siegmund im September gerne Ministerpräsident werden möchte und mit knapp 40 Prozent in den Umfragen auch realistische Chancen hat.

Aber jetzt kam raus - nicht durch die böse, böse Mainstreampresse oder das „System“ und das „Parteienkartell“, sondern durch liebe Parteifreunde -, dass man da bei der AfD, die gern als „Partei der kleinen Leute“ in Ostdeutschland auftritt, das System der sogenannten „Über-Kreuz-Anstellungen“ kultivierte.

Weil es gesetzlich verboten ist, dass Abgeordnete eigene Verwandte einstellen, parkt man die Familie bei Kollegen. Und Ulrich Siegmund, den ich als Wahlkämpfer smart, sympathisch und angriffslustig finde, hat - so erzählt man sich in Magdeburg - seinen Vater beim Bundestagsabgeordneten Tobias Korell untergebracht - angeblich mit einem monatlichen Gehalt von bis zu 7.725 Euro. Auch Tobias Rausch, parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt, soll gleich drei seiner Geschwister bei der Abgeordneten Claudia Weiss untergebracht haben. Ist das nicht schön?

Als Inhaber einer Immobilien- und Plakatierungsfirma (Rausch Immobilien Service GmbH) habe er im Bundestagswahlkampf 2025 über 40.000 Euro an Aufträgen von einem Einzelbewerber (Robert Farle) angenommen, der gegen den offiziellen AfD-Kandidaten im selben Wahlkreis antrat. Rausch wird auch vorgeworfen, seine Partnerin - ebenfalls bei der AfD angestellt - auf Delegationsreisen (Jerewan, New York und Washington) auf Kosten der Fraktion bzw. der Steuerzahler mitgenommen zu haben.

Halten Sie mich bitte nicht für schadenfroh!

Das bin ich nicht, und es ist mir im Grunde egal, wie die Wahl ausgeht. Sollen die Wähler in ihrer einzigartigen Weisheit entscheiden, was sie wollen.

Aber was nicht geht ist, dass Politiker der einen Partei verteufelt werden und Politiker der anderen Partei heiliggesprochen, weil sie... ja, weil sie in dieser und nicht in der anderen Partei sind. Und schon gar nicht, wenn man sich selbst das Saubermann-Image anhängt, ganz anders zu sein als das „Altparteien-Kartell“. Denn sie sind nicht anders. Sie sind Politiker, die, wenn sie an den Töpfen sitzen, genauso handeln wie die, die da schon länger Platz genommen haben.

Kleine Anmerkung noch am Abend: AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla hat ein feines Gespür für die Stimmung an seiner Parteibasis.

Und er hat natürlich das Grummeln aus Schnellroda (Kubitschek) und Erfurt (Höcke) über die aktuellen Vorgänge mitbekommen. Chrupalla sprach danach von einem „Störgefühl“. Die Verträge seien rechtskräftig und nicht zu beanstanden. Doch: „Ein Geschmäcke hat's.“

Ja, hat es wohl. Tino Chrupalla beschäftigt übrigens in seinem Wahlkreisbüro die Ehefrau eines anderen AfD-Politikers...

Die Uhr tickt: Die Union hat nicht mehr viel Zeit, mit der AfD ins Gespräch zu kommen

Umfragen sind stets nur eine Momentaufnahme, die eine aktuelle Stimmungslage spiegelt. Ganz sicher sind sie keine sicheren Vorhersagen, und Umfragen sind oftmals auch ein Mittel zur politischen Stimmungsmache. Manche von Ihnen werden das Buch „Die Schweigespirale“ der einstigen Frau Noelle-Neumann kennen, die 1947 zusammen mit ihrem Ehemann das renommierte Allensbacher Institut gründete, das für die Bundeskanzler Konrad Adenauer und Helmut Kohl zum wichtigsten Instrument wurde, die Stimmungslage der Deutschen im Blick zu behalten.

Noelle-Neumann vertritt in ihrem Buch „Die Schweigespirale“ die These, dass in sozialen Kontexten Einzelne dazu neigen, ihre eigenen Meinungen zurückzuhalten, wenn diese von der öffentlichen Meinung abweichen.

Dies führt zu einer Spirale des Schweigens, in der sich die dominierende Meinung weiter verstärkt und Minderheitsmeinungen zunehmend ignoriert werden. Oder, wie ich es formulieren würde: Wahlplakate und Autoaufkleber überzeugen nicht einen einzigen Wähler, aber dafür sind sie auch nicht da. Trotzdem sind sie für Wahlkampagnen eminent wichtig. Denn sie verstärken den subjektiven Eindruck Unentschlossener zu wissen, wer im Wahlkampf dominiert und spürbar vorn liegt. Und viele Menschen, die nicht so richtig wissen, wen sie wählen sollen, schließen sich dann den vermeintlich zukünftigen Siegern an. Wer will schon „Loser“ sein?

Ein halbes Jahr vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt verliert die AfD laut einer Umfrage leicht an Zustimmung, ist aber weiterhin mit Abstand die stärkste Kraft. Die zweifellos dort deutlich rechte Partei kommt in der Wählergunst aktuell auf 39 Prozent, wie das Meinungsforschungsinstitut INSA für „Nius“ ermittelte. Die CDU erreicht danach 26 Prozent.

Dahinter folgen Linke mit elf Prozent und die SPD mit acht Prozent. Das BSW erreicht sechs, die Grünen drei und die FDP zwei Prozent. Die sonstigen Parteien kommen auf 5 Prozent. Eine Mehrheit ohne die

AfD wäre für die CDU rechnerisch nur noch in einem Vierer-Bündnis mit SPD, BSW und der Linken möglich.

Würde die CDU das machen, wäre das mehr als Verrat an ihren Wählern

Denn es gibt einen einstimmig gefassten Beschluss eines Bundesparteitages, nachdem die CDU weder mit der AfD noch mit der SED/Linken in welcher Form auch immer kooperiert. Dumm nur, dass AfD und Linke jetzt derart stark geworden sind. Gut möglich, dass im September, dann aber auch in Thüringen, Brandenburg und Sachsen gleiche Konstellationen entstehen. Regierungsbildungen auf Landesebene, ohne dass die traditionellen Volksparteien CDU und SPD überhaupt noch im Spiel sind. Von Grünen und FDP ganz zu schweigen, deren parlamentarisches Überleben in Ostdeutschland mehr als gefährdet ist.

Und wissen Sie, was das Erstaunliche ist?

Die Union und die Sozis weigern sich, sich überhaupt ohne Schaum vor dem Mund mit dem Thema zu beschäftigen.

Ich habe mich in den vergangenen Wochen mit Politikern der Union, mit Lobbyisten, Wirtschaftsleuten, Partei-Beratern unterhalten. Und ALLE, wirklich ausnahmslos alle, wissen, dass die Lage genau so ist, wie ich sie hier beschreibe. Und im Vier-Augen-Gespräch stimmen mir alle zu, dass diese Situation der Doofheit der traditionellen Parteien geschuldet ist. Man kann nicht ein Viertel der Bevölkerung in Deutschland und die Hälfte der Ostdeutschen dauerhaft vom politischen Mitwirkungsprozess ausschließen. Das sehen auch diejenigen so, die nachher meinen Artikel böse verdammen und als völlig falsch brandmarken werden. Obwohl sie genau wissen, dass so die Lage ist.

Es ist jetzt müßig, die Gründe für die Lage noch groß zu würdigen.

Nur kurz: Als die AfD 2013 an den Start ging, war nichts an der Partei bedenklich rechts. Eine Professorenpartei von intelligenten bürgerlichen Leuten, Professoren, Mittelständlern, die nicht wollten, dass wir die Renten und Schulden der Griechen bezahlen müssen.

Ein mehr als berechtigtes Anliegen. „*Mit denen reden wir nicht*“, soll Bundes-„Angie“ Merkel damals gesagt haben. Ein kapitaler Fehler. Noch einer.

Nach der Euro-Staatsschuldenkrise lag die AfD in Umfragen bundesweit bei 3,5 Prozent. Und dann startete Merkel mit ihrer selbtherrlichen Grenzöffnung - begleitet von rauschendem Beifall des Funktionskörpers - ihr einzigartiges Konjunkturprogramm für die AfD.

Hätte die Union spätestens ab 2017 mit der AfD gesprochen, mit Realpolitikern, die politische Landkarte in Deutschland sähe heute fundamental anders aus.

Selbst viel später, als die AfD Wahlerfolg um Wahlerfolg einfuhr, versammelte es das Adenauer-Haus, mit dem eigenen konservativen „Gallischen Dorf“, der WerteUnion um Hans-Georg Maaßen, einen Dialog

aufzubauen. Irgendwas tun, um den vielen konservativ und wirtschaftsliberal gesinnten Bürgern ein Angebot zu machen, das sie bei der Stange hält. Unglaublich, dass die Union kein Problem damit hat, mit Sozis, Grünen und sogar Linken zu dealen, nur mit den eigenen Treuesten der Treuen nicht. Die waren plötzlich alle „rechtsextrem“, denen man Parteiausschlussverfahren an den Hals hängte. Man fragt sich wirklich, was all die hochbezahlten Spindoktoren im Adenauer-Haus beruflich machen.

Aber nun sind sie nunmal da

Viele von Ihnen kennen meine Haltung zu dem Thema. Die AfD ist eine starke politische Kraft geworden, die zwar unmittelbar in den Ländern und im Bund nichts zu entscheiden hat, die aber immer mächtiger wird. Wenn man in Berlin nicht mit ihnen spricht, dann reden ihre Top-Leute halt in Washington und Moskau mit den Mächtigen. Und die machen alle Türen weit auf. Und nun glauben irgendwelche Low-Performer, man könne die Partei verbieten? Ernsthaft?

Für mich persönlich ist die AfD, wie sie sich in der Russland-Frage zu unterwerfen bereit ist, nicht wählbar. Wir sind Deutschland und Europa, wir sind der Westen. Aber bei Migration, innerer Sicherheit, Familie gibt es mehr Schnittmengen mit der Union als mit allen anderen Parteien. Aber die CDU-Führung - und übrigens auch die CSU - blenden das Thema völlig aus. Und werden sich zum Jahresende wahrscheinlich vor die Situation gestellt sehen, dass da im Bundesrat plötzlich ein oder zwei Bundesländer von AfD-geführten Landesregierungen vertreten werden. Und die stimmen dann auch zu zahlreichen Bundesgesetzen mit ab. Und dann? Brandmauer?

Warum AfD-Jugend-Chef Hohm recht hat...und wieder nicht

„Grönland ist Teil eines souveränen Staates der Europäischen Union. Als Deutsche und Europäer ist es unsere Pflicht, den Dänen und den Grönländern beizustehen.“ Das schrieb Jan Pascal Hohm, Chef der AfD-Jugendorganisation „Generation Deutschland“ jüngst auf X. Und weiter: *„Wir dürfen uns nicht erpressen lassen - weder durch Zölle noch durch militärische Drohgebärden.“*

Das stimmt!

Leider ist seine Haltung nicht stringent, denn Hohm hat in diversen Äußerungen erkennen lassen, dass er der Ukraine nicht beizustehen gedenkt. Die ist auch ein souveräner Staat, wenn sie auch (noch) nicht zur EU gehört. Hohm kritisiert jede militärische Unterstützung der Ukraine durch die Bundesregierung und lehnt Wirtschaftssanktionen gegen Russland ab.

Und da zeigt sie sich wieder, die Unberechenbarkeit weiter Teile der AfD bei sicherheitspolitischen

Themen, die eine Kooperation mit der Partei, wie sie gerade ist, einfach unmöglich machen.

Sind wir für das uneingeschränkte Souveränitätsrecht der Staaten oder sind wir es nicht?

Wie sagte Jesus Christus in seiner fulminanten Bergpredigt einst: *„Eure Rede aber sei: Ja, ja; nein, nein. Was darüber ist, das ist vom Übel.“*

Zwischenrufe von der Seitenlinie, die niemand hören will

Der frühere Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) hat seine Partei mal wieder kritisiert und ihr eine „programmatische Orientierungslosigkeit“ vorgeworfen. „Die SPD ist auf der Suche nach sich selbst“, sagte Steinbrück der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ).

Die SPD vermittele dem Bürger den Eindruck, „dass aus der Addition legitimer Minderheitsinteressen eine politische Mehrheit zu gewinnen sei“, etwa mit Themen wie Cannabis, Namensrecht, Geschlechtsbestimmung oder Identitätspolitik. Steinbrück: „Ich bin überzeugt, dass der weit überwiegende Teil der Bürgerschaft das definitiv nicht als politische Hauptsachen und ausschlaggebend für ihre Wahlentscheidung bewertet. Die SPD sei immer dann erfolgreich gewesen, „wenn sie ihren Einsatz für mehr Gerechtigkeit mit dem Angebot verbunden hat, die ökonomisch-technologische Kompetenz aus der Breite der Gesellschaft abzubilden“.

Steinbrück ist ein kluger Mann, ebenso wie sein Genosse Sigmar Gabriel, früherer Bundesaußenminister. Beide sagen, was so schrecklich falsch läuft in ihrer Partei, aber niemand will es hören dort.

Das sind ja nur ärgerliche Zwischenrufe zweier Politrentner von jenseits der Seitenlinie. Aber die SPD wäre gut beraten, wenn sie ihre Zukunft nicht nur mit Klingbeil und Bas verbindet, sondern mit solchen erfahrenen „Elder Statesmen“.

Aber Ratschläge wollen sie ja alle nicht annehmen

Die CDU macht immer nur alles richtig, merkt dabei aber nicht, dass der Schuss nach hinten losgeht beim Wähler. Und auch die AfD verweigert sich standhaft der Notwendigkeit, inhaltlich und personell selbst die Voraussetzungen dafür zu schaffen, überhaupt ins Gespräch um Machtbeteiligung zu kommen. Man berauscht sich lieber an bunten Kacheln mit der großen Nummer „26 %“, ohne begreifen zu wollen, dass man mit 26 Prozent nichts, aber auch gar nichts bewegen kann, wenn man keinerlei Freunde hat...

Denken Sie an Gorbatschow einst: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben...

P- S.: Was macht eigentlich die FDP so?

Was mich antreibt und was dieser Blog ist

Liebe Leserinnen und Leser,

kennen Sie die amerikanische Internet-Plattform „*infowars*“ von Alex Jones? Der Mann hat traumhafte Reichweiten: 3,9 Millionen Follower auf X, eine Million auf seiner Webseite. Und auf Youtube waren es mal 2,4 Millionen Abonnenten, bevor man ihn abschaltete und auch verhinderte, dass er neue Kanäle eröffnen konnte.

Denn „*infowars*“ ist eine Seite für Verschwörungsfreunde, die sich mit allerlei dumpfen Müll beschäftigt, aber beim Leser gruselige Schauer auf den Rücken zaubert.

Jones unterstützt oft Donald Trump, da wissen wir noch nicht, wie dessen Amtszeit ausgeht. Aber *Deep State* und *False Flag* bei 9/11 – hören Sie mir bloß auf mit diesem Quatsch! Und nein, selbst wenn Sie mich beschimpfen, für doof halten oder mit Liebesentzug drohen: ich bin sicher, dass Hillary Clinton nicht mit Kinderpornos im Keller einer Pizzeria in Washington DC handelt, was Millionen Zeitgenossen heute für plausibel und bewiesen halten.

Herr Jones vertreibt auf seinen Seiten auch Nahrungsergänzungsmittel und Überlebensausrüstungen für den Endkampf – aber alles halb nichts. Denn Herr Jones ist pleite.

Ich will nicht weiter ausführlich über Herr Jones philosophieren. Ich will an dem Beispiel nur deutlich machen, was ich nicht bin und nicht sein will.

Ich werde nicht Lesern nach dem Mund schreiben, um mehr Klicks zu generieren. Ich habe diesen Blog begonnen, um aus meinen beruflichen und politischen Erfahrungen und meinen Beobachtungen Meinungsbeiträge zu schreiben und mit Ihnen zu diskutieren. Und ich will damit keinen finanziellen Verlust machen, Geld verdienen kann man damit eh nicht. Entweder haben sie Spender und Mäzene oder sie müssen aufhören. So simpel ist es leider.

Aber so weit sind wir hier nicht

Ich bin Journalist und kein Politiker. Und ganz ehrlich, mir ist vollkommen egal, wen oder was sie wählen. Mich interessiert, warum sie etwas so oder anders sehen oder wählen. Ich hab nichts gegen die CDU und ich hab nichts gegen die AfD. Ich habe etwas gegen Denkverbote, deshalb heißt dieser Blog *Denken erwünscht*. Ich habe über Jahre zig Artikel geschrieben, in denen ich die CDU unter und nach Merkel harsch kritisiert habe. Da bekomme ich Beifall. Und ich habe die AfD in zig Beiträgen verteidigt und zur Zusammenarbeit mit ihr aufgerufen. Da bekomme ich sogar frenetischen Beifall.

Aber wehe, ich erlaube mir, auch die AfD mal zu kritisieren

Dann ist aber was los. Da wünscht ein Teil des Stammpublikums gar keine Auseinandersetzung mehr über das Thema. Die AfD ist sakrosankt, die darf man nicht kritisieren, sonst ist man ein „CDU-U-Boot“, ein „Systemling“, eine „Ami-Nutte“, alles, was mir dann aus dem „gehobenen Bürgertum“ so gelegentlich an den Kopf geworfen wird.

Werde ich deshalb aufhören zu denken?

Werde ich mich wegen Beifall und Klicks verbiegen, mich dem neuen Mainstream unserer Zeit anpassen? Im Leben nicht. Ich bin zu alt und mache das alles zu lange, um um billigen Beifall zu betteln.

Boris Reitschuster hat vor zwei Wochen einen Artikel zu diesem großen Thema geschrieben und zur Diskussion in den Raum gestellt, ob nicht viele derjenigen, die wie ich mal als „alternatives Medium“ begonnen haben, heute genau dasselbe machen, wie der Mainstream damals.

Er macht das fest am Thema Ukraine-Krieg und an Politikern, die den Mund groß aufgerissen haben für das unbedingte „Selbstbestimmungsrecht aller Völker“, und für die das heute bei der Ukraine ganz plötzlich nicht mehr gilt, weil Moskau das nicht gern hört. Oder die seit Parteigründung immer die allgemeine Wehrpflicht wieder einführen wollten, und plötzlich dagegen sind, weil „mir hat Putin nichts getan“.

Das ist so unglaublich blöde, ich ersticke, wenn ich das nicht mehr aussprechen und schreiben darf.

Wir sind kein rechter Blog, wir sind ein seriöser Blog. Mir geht es um das konservative Bürgertum, um Menschen, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten und sich an Gesetze halten, eine Familie haben oder wollen, die zusammenhält, die ihren Kindern eine Zukunft bieten wollen und die - wenn sie können - an Gott glauben und unsere deutschen Traditionen leben. Ich bin für Recht und Ordnung, die Marktwirtschaft, das westliche Bündnis und ein Europa souveräner Staaten zum gegenseitigen Nutzen locker miteinander verbunden. Das ist meine kleine Gedankenwelt.

Wer sich damit nicht identifizieren kann, findet im Internet reichlich andere Blogs und Portale. Ich nehme es keinem übel. Wirklich.

Morgen feiern Milliarden Menschen auf der Welt die Geburt Jesu Christi, zumindest werden viele daran denken, dass jetzt nicht der Tag des Lebkuchens und der Lichterketten vor uns liegt, sondern – wie Christen glauben – der Beginn eines Heilswerks, in dem Jesus als Retter gesehen wird, der die Trennung zwischen Gott und Mensch überwindet und die Hoffnung auf ewiges Leben schenkt. Die damit verbundene Botschaft „Friede auf Erden“ legt dabei den Grundstein für christliche Werte wie Nächstenliebe, Barmherzigkeit und die Würde jedes Einzelnen. Darauf kann man eine Gesellschaft für die Zukunft fit machen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen hier und Ihren Familien, Nachbarn und Freunden ein gesegnetes Weihnachtsfest!

Übertreiben Sie es nicht mit dem Essen und Trinken!

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Klaus Kelle

P.S. Wenn Sie für die Zukunft dieses Blogs etwas tun möchten, dann helfen Sie mir mit einer kleinen (oder größeren) Weihnachtsspende auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder über PayPal @Vers 1 Medien GmbH!

Spurensuche... wo ist eigentlich die CDU in Ostdeutschland?

Kurz vor dem Weihnachtsfest habe ich Ihnen heute eine schöne Erkenntnis mitgebracht. Es gibt sie noch, die gute alte CDU. Und zwar im Osten Deutschlands, also sozusagen die Ost-CDU, aber ohne Blockflöten, sondern erstaunlich lebendig.

Die CDU, die Älteren erinnern sich, das war die Partei der Deutschen Einheit, und das ist sie bis heute. Im Grunde wird sie das für immer bleiben, wenigstens in den Geschichtsbüchern.

Nicht, weil sie die Einheit gemacht hätte, das wäre nun wirklich zu viel der Ehre. Aber nachdem Reagan, Gorbatschow & Co. ihre Arbeit gemacht haben, und sich die Deutschen in der früheren DDR mit großem Mut zu Zehntausenden auf die Straßen wagten und dann noch Günter Schabowski am 9. November 1989 versehentlich auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin einen Notizzettel zur neuen Reiseregulation vorlas und falsch interpretierte („unverzüglich, sofort“) und damit Weltgeschichte schrieb, in dem er versehentlich den sofortigen Fall der Mauer und das Ende der DDR einleitete, kam die Stunde von Helmut Kohl und der Union.

Und die machten es gut, da sind sich nicht nur die belesenen Historiker nahezu einig, manches davon

durfte ich als Journalist damals selbst aus nächster Nähe verfolgen. Die unvergessliche Nacht vom 9. auf den 10. November mit einem Kopfhörer auf, Mikrofon in dr Hand, Lederjacke über dem Smoking, den ich vorher bei der feudalen Geburtstagsfeier des Filmemachers und Radio-Pioniers Uli Schamoni trug, als der „Befehl“ zum Ausrücken und Berichten kam.

Ich könnte hier stundenlang erzählen, von den Ereignissen zwischen diesem 9. November und dem 3. Oktober 1990 und den Jahren danach. Heute lebe ist, der einstige „Wessi“, selbst im Land Brandenburg – und es lebt sich schön hier, selbst wenn die Wahlergebnisse bis heute gewöhnungsbedürftig sind.

Nehmen Sie die Landeshauptstadt Potsdam!

Die hat ein großes historisch Erbe, ist wirklich schön mit dem Alten Markt und der Nikolaikirche, dem rekonstruierten Stadtschloss (heute der Landtag), und das Museum Barberini gilt als eines der schönsten Ensembles des Klassizismus.

Potsdam ist eine einzigartige Kombination aus prunkvoller Architektur, weitläufigen Parkanlagen und Seen und Flüssen ohne Ende, was der Stadt und der Havel-Region im Frühling und Sommer eine mediterrane Atmosphäre verleiht. Und vom Schloss Sanssouci mit seinen berühmten Weinbergterrassen will ich gar nicht erst anfangen.

Der Fernsehmoderator Günther Jauch lebt hier, nicht nur ein bundesweit bekanntes Gesicht, sondern ein großzügiger Mäzen, der viel privates Geld in die Entwicklung der Stadt investiert hat (Wiederaufbau des Stadtschlusses, Villa Kellermann). Und der Modemacher Wolfgang Joop ist Potsdamer, Friede Springer, Matthias Döpfner, Kai Diekmann, und SAP-Gründer Hasso Plattner, ein waschechter Milliardär.

Ich habe mal gelesen, dass Potsdam – in Relation zur Einwohnerzahl – die höchste SUV-Dichte in Deutschland hat – vor München, Düsseldorf und Hamburg.

Und wenn dann Wahltag ist?

Genau, dann wählt man hier links. Seit 1990. Immer.

Die SED-Nachfolger sammeln hier immer noch jede zehnte Wählerstimme ein, das wird endlich weniger von Wahl zu Wahl, aber dass in Potsdam überhaupt noch jemand die Fußkranken der Weltrevolution wählt – ich werde das nie verstehen.

Und klar, die AfD wächst deutlich, liegt inzwischen bei über 13 Prozent. Aber die Masse wählt hier regelmäßig chaotische Stadtplanung, Bürokratie, Sozialismus und Gedöns.

Stärkste Partei ist – fragen Sie mich nicht warum – weiter die SPD (19,4%), gefolgt von den Grünen (14,5%), dann „die anderen“ links und stärker als Die Linke, Volt, die linke „Spaßpartei“ namens „Die Partei“, die kaum zu Spaß in der Lage ist, und wenn ich mir das so anschau, frage ich mich unwillkürlich: WARUM? Was ist hier los?

Oberbürgermeisterin ist jetzt die parteilose Noosha Aubel, die am 12. Oktober richtig abräumte, nachdem das SPD-Dauerabonnement fürs Regieren in der Landeshauptstadt vom Wähler deutlich gekündigt wurde. Zuvor gab es nach dem Mauerfall nur Sozis an der Stadtspitze. Aber als OB Mike Schubert (SPD), der unfähigste Mann in diesem Amt hier jemals, mit schweren Korruptionsvorwürfen konfrontiert wurde und die Staatsanwaltschaft Ermittlungen einleitete, reichte es selbst den geduldigsten Potsdamer SPD-Genossen. Endlich.

Noosha Aubel wurde im Wahlkampf getragen von allerlei linken Parteien, die Grünen an der Spitze. Ihre Agenda: Allerlei Erwartbares, linkes Zeug: Autoarme Innenstadt, Wohnen als Grundrecht und bezahlbare Mieten – was sehr zu begrüßen ist – die „Sicherung kreativer Freiräume“, mehr Fuß- und Radwege. Alles harmlos, nichts auf den ersten Blick Bedrohliches, aber ganz sicher kein Neuanfang, kein Aufbruch.

Und damit komme ich dann zur CDU

Ja, die gibt es auch in Potsdam noch. Mit 14,7 Prozent liegt sie gleichauf mit den Grünen – nur: sie hat nichts zu melden hier. Bei der Landtagswahl im September vergangenen Jahres kamen die Christdemokraten sogar nur auf 12,1 Prozent der Zweitstimmen. Die CDU schafft es im Land Brandenburg nicht, den Bürgern überzeugend zu erklären, warum man sie wählen sollte. Und das „Spitzenpersonal“ der CDU im Land...naja. Heute noch erinnern sie sich hier mit feuchten Augen an den früheren Landesvorsitzenden und Innenminister, General Jörg Schönbohm. Das war noch einer....

Vergangene Woche war ich bei einer CDU-Veranstaltung auf dem „Spargel- und Erlebnishof Klaistow“ in Beelitz. Das ist eine tolle Einrichtung, ein „Bauer“ aus Ostwestfalen hat hier eine Art Gemüse-Disneyland geschaffen. Wirklich beeindruckend.

Die örtliche CDU-Bundestagsabgeordnete Saskia Ludwig hatte Unternehmer aus der Region zum „Klaistower Gespräch“ mit Christian von Stetten, dem Wirtschaftsexperten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingeladen. Volle Bude, über 100 Gäste, und – hier im Osten trauen sich auch CDUler, wenn sie unter sich sind, Klartext zu reden.

Der Gast, Chef des einflussreichen Parlamentskreises Mittelstand (PKM) in der Fraktion, war selbstkritisch, zeigte immerhin auf, was die neue Bundesregierung trotz aller Startschwierigkeiten angeschoben habe. Das klang gar nicht so schlecht, aber – so wollte einer wissen – ob von Stetten das Gefühl habe, dass die Bürger in Deutschland eine „Politikwende“ erkennen, wie von Bundeskanzler Merz im Wahlkampf versprochen? Jeder weiß, dass es überhaupt nicht gut läuft.

Aber was können wir denn machen?

Mit Frau Bas und Herrn Klingbeil, der angeblich „nicht ganz so schlimm“ sei. Politikwende mit SPD oder Grünen? Das ist ausgeschlossen.

Jeder weiß das, auch Politiker und Mitglieder der Union, die das aber nicht sagen können.

„Ich weiß schon, worauf Sie hinauswollen“, reagiert von Stetten auf zunehmendes Murren im Saal. Ja, in vielen Bereichen könnte man sofort die politischen Fehlentwicklungen stoppen und korrigieren, wenn es eine Zusammenarbeit zwischen CDU und AfD gäbe, der inzwischen mit Abstand stärksten Kraft im Land Brandenburg. Die aber auch einer der „rechtsten“ Landesverbände der AfD überhaupt sind, deren Abgeordnete auch mal Besuchergruppen in die Russen-Botschaft einladen. Und sie stellen seltsame Anfragen zur kritischen Infrastruktur im Land, fast so wie eine Auftragsarbeit aus Moskau.

„Sollen wir mit einer Partei zusammenarbeiten, die aus der EU und der NATO raus will?“, fragt von Stetten, und nein, so einen Unsinn will hier im Saal keiner. Erstaunlich und erfreulich, wie viele an der CDU-Basis in Ostdeutschland sich noch erinnern an die Zeit mit „den Freunden“, wie die russischen Besatzer zu DDR-Zeiten zynisch genannt wurden.

Hier hat an diesem Abend niemand Lust auf die „gute alte Zeit“, hier ist CDU pur.

So wie Saskia Ludwig CDU pur ist. Sie redet niemandem nach dem Mund, sie ist Klare Kante pur. Sie war die erste Bundestagsabgeordnete der Union, die nach der SPD-Nominierung der zweifelhaften Kandidatin Brosius-Gersdorf für das Bundesverfassungsgericht im Fernsehen erklärte, sie werde diese Frau nicht wählen. Fraktionsdisziplin hin oder her. Und nachdem sie das öffentlich gesagt hatte, schlossen sich fast 60 Abgeordnete der Union an, Frau Brosius-Gersdorf ist Geschichte.

Und die CDU-Frau Ludwig gibt auch beim Thema Corona keine Ruhe und fordert unentwegt die konsequente Aufarbeitung aller staatlichen Maßnahmen damals, was nicht allen Parteifreunden gefällt, die damals dabei waren.

Ja, die CDU lebt - auch in Ostdeutschland

Das erfahre ich auch, als ich gestern einen alten Freund im Berliner Bezirk Pankow (Sie wissen schon: Sonderzug und so...) besuche. „Hier ist es schon noch bürgerlich“, erzählt er mir beim Kaffee. Aber die Leute trauten der Union einfach nicht mehr, die Partei ist in Ost-Berlin alles andere als verwurzelt. „Und es waren ja nicht nur die Besten, die nach der Wende aus dem Westen rüberkamen, um hier politische Karriere zu machen.“ Wer wollte da widersprechen?

Björn Höcke (AfD) und Bodo Ramelow (Linke) seien aber auch Wessis, werfe ich zaghaft ein, und die würden in Ostdeutschland bejubelt. So ganz stringent ist das nicht. Und es waren CDU-Politiker wie Kurt Biedenkopf, Bernhard Vogel oder auch Lothar Späth, die entscheidenden Anteil daran hatten, dass der deutsche Osten nach 28 Jahren Sozialismus wieder auf die Beine gekommen ist. Das gehört auch zur Wahrheit, oder?

P.S. Der Blog „Denken erwünscht“ existiert seit nun elf Jahren und ist eine wichtige Stimme für das bürgerlich-konservative Deutschland. Aber der Medienmarkt verändert sich rasant, und in der Krise ist die Bereitschaft der geeigneten Bürger, Geld zu spenden, verständlicherweise nicht allzu ausgeprägt.

Wir haben zu Beginn im Jahr 2014 mal vereinbart, dass wir nicht mit Bezahlschranke oder Werbung arbeiten, sondern auf die Freiwilligkeit der Community hier setzen. Viele der Stamm-Foristen helfen auch unermüdlich mit, diesen Blog zu erhalten. In den vergangenen Wochen haben die „üblichen Verdächtigen“ auch wieder gespendet.

Ich möchte heute an die appellieren, die hier gern lesen, aber noch nie etwas gespendet haben: Bitte helfen Sie uns und mir, damit es hier weitergehen kann! Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal auf @Vers 1 Medien GmbH.

Konservatives Netzwerken...es ist noch nicht vorbei - oder doch?

Meine Stammtisch-Saison 2025 fürs bürgerlich-konservative Publikum neigt sich dem Ende zu. Kurz vor Weihnachten wollen wir uns noch einmal in Potsdam treffen und die politische Lage im Land besprechen. (Kostenlos und unverbindlich anmelden: kelle@denken-erwuenscht.com)

Vorgestern war ich in Bad Salzuflen, meiner Geburts- und Heimatstadt, nach zwei Jahren einmal wieder. Veranstalter war dieses Mal nicht ich, sondern die spannende bürgerliche Initiative „Gesellschaft.heute“ meines Freundes Claus Preuss.

Eingeladen war ich zum Thema Fake News und die Frage, ob man den Medien noch vertrauen kann, aber schnell entwickelte sich ein bunter Meinungs austausch über die Frage, ob diese Bundesregierung von Friedrich Merz den Erwartungen irgendwann doch noch entsprechen wird, und wie man es mit der AfD halten soll.

Unter den Teilnehmern in der Runde waren auch CDU-Kommunalpolitiker, und natürlich war auch die „Abwahl“ der zwei Wochen vorher erst „versehentlich“ gewählten AfD-Vizebürgermeisterin von Bad Salzuflen, Sabine Reinknecht, ausführlich Thema.

Ich hab meine Meinung vertreten, dass die AfD für die klassischen Bürgerlichen, also CDU oder - wenn sie überlebt - FDP so wie jetzt nicht anschlussfähig ist, hauptsächlich wegen ihrer unterwürfigen Russland-Politik. Aber, ganz klar, die Art des Umgangs mit der AfD in den Parlamenten, insbesondere im Deutschen Bundestag, ist völlig inakzeptabel aus meiner Sicht.

Begonnen habe ich mit den Bürgerlich-Konservativen Stammtischen schon vor Corona, parallel zu meinen alljährlichen Schwarmkonferenzen. Nicht medienöffentlich, ohne Gesinnungskontrolle am Eingang. 300 bis 400 Teilnehmer aus der breiten bürgerlichen Palette von Parteien und Organisationen.

Natürlich ging es dabei nicht nur, aber auch, darum auszuloten, ob und wie es möglich sein könnte, aus der vorhandenen Mehrheit in der Bevölkerung für Themen wie Migration, Innere Sicherheit, Familie, Wirtschaft, GenderGaga oder Staatsfunk abschaffen eine politische Machtperspektive zu formen.

+++Bitte unterstützen Sie unsere publizistische Arbeit+++Spenden Sie auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal auf @Vers1 Medien GmbH+++

Und, da gibt s nichts drum herum zu reden: Wir sind gescheitert!

Die Gründe kennen Sie alle. Brandmauer, persönliche Eitelkeiten, chronischer Geldmangel, Futterneid und so weiter...

Was bringt es also noch? Suchen wir uns ein anderes Hobby nach Brandmauer zwischen Union und AfD, nach WerteUnion und Bündnis Deutschland?

Oder denken wir noch mal neu? Gemeinsam?

„Du musst unbedingt wieder einen Schwarm machen im kommenden Jahr“, forderte mich ein Politiker vor Wochen beim Mittagessen in Berlin auf, den Sie alle kennen, aber den ich hier nicht nennen werde, um ihm nicht zu schaden.

„Warum?“, wollte ich wissen. Es ist vorbei, sollen Frau Petry und Herr Kemmerich doch jetzt ihr Glück versuchen...

Aber er ließ nicht locker. Wir alle müssten im Gespräch bleiben, neue Parteien seien offenkundig derzeit nicht gefragt, und trotz Brandmauer müsse es weitergehen. Und das unwürdige Hickhack zwischen der AfD und der CDU sei mehr als kontraproduktiv.

Das sehe ich auch so

Man hetzt die beiden größten politischen Kräfte aufeinander, und die an sich bedeutungslosen anderen Parteien auf der Linken spielen weiter ihre Spielchen. Das kann, das darf so nicht weitergehen.

Lassen Sie uns im Gespräch bleiben! Es wird weiter Stammtische überall in Deutschland geben. Und einen Schwarm kann es dann wieder geben, wenn die Frage nach dem WARUM überzeugend beantwortet werden kann. Was bringt uns Vernetzung, wenn nichts daraus folgt? Nichts daraus folgen kann?

Wir sind ja ein Mitmach-Medium

Wenn Sie gute Ideen für die zukünftige Strategie haben, wenn Sie mitmachen oder in ihrer Heimatstadt einen bürgerlichen Stammtisch organisieren wollen, dann schreiben Sie mit bitte persönlich an kelle@denken-erwuenscht.com und lassen Sie mich an Ihren Gedanken teilhaben!